



Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren  
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police  
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia

Frau Bundesrätin  
Karin Keller-Sutter  
Generalsekretariat EJPD  
Bundeshaus West  
3003 Bern

Bern, 14. Januar 2019

## **Anhörung zur ausserordentlichen VZAE Revision zwecks Festlegung von Höchstzahlen für Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs; Stellungnahme VDK/KKJPD**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrter Herr Staatssekretär

Die Konferenz Kantonaler Volkswirtschaftsdirektorinnen und Volkswirtschaftsdirektoren (VDK) sowie die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) sind mit Schreiben vom 21. Dezember 2018 durch das Staatssekretariat für Migration (SEM) in oben erwähnter Sache zur Anhörung eingeladen worden. Wir möchten uns bei ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme bedanken. Die Vorstände der VDK und der KKJPD reichen in der Folge eine koordinierte Stellungnahme ein. Als Grundlage hierzu sind auch der Verband Schweizerischer Arbeitsmarktbehörden (VSAA) und der Verband Kantonalen Migrationsämter (VKM) zum Geschäft angehört worden.

Zunächst möchten wir festhalten, dass es seitens der Kantone ausserordentlich begrüsst wird, dass das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) insbesondere aus Gründen der Rechtssicherheit eine frühzeitige Eventualplanung im Falle eines ungeordneten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU vornimmt. Da neu einreisende UK-Staatsangehörige nach einem ungeordneten Brexit ab dem 30. März 2019 den übrigen Drittstaatsangehörigen gleichgestellt würden, wird die frühzeitige Vorbereitung einer ausserordentlichen Teilrevision der VZAE sehr unterstützt.

Bezüglich den von Ihnen vorgeschlagenen Optionen bevorzugt die VDK und die KKJPD eine Lösung mit separaten Kontingenten für britische Staatsangehörige, d.h. Option 2. Dies insbesondere auch daher, weil ein Wettbewerb zwischen britischen Staatsbürgern und den restlichen Drittstaatsangehörigen vermieden werden soll. Des Weiteren bestehen im Zusammenhang mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU noch verschiedene Unsicherheiten insbesondere auch bezüglich der konkreten Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in der Schweiz. Diese Fragen sollten sich voraussichtlich in den kommenden Jahren klären. Je nach Verlauf der genannten Entwicklungen könnte die Integration in die Gesamtmenge der Kontingente für Drittstaaten zu einem späteren Zeitpunkt immer noch geprüft werden.

Die vorgeschlagene Festlegung der Bandbreite der Höchstzahlen für britische Staatsangehörige für die verbleibenden drei Quartale des Jahres 2019 (30. März bis 31. Dezember 2019) zwischen 2'500 (Minimalvariante) und 3'500 (Maximalvariante) wird unterstützt. Auch wird im Rahmen dieser Sonderlösung

die Belassung der Kontingente beim Bund befürwortet. Dabei sind die Kantone auf eine pragmatische und effiziente Handhabung der Kantonsanträge angewiesen, wie dies bei der aktuellen Bewirtschaftung der Drittstaatenkontingente bereits der Fall ist.

Aufgrund der oben genannten Unsicherheiten bezüglich der konkreten Auswirkungen eines ungeordneten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU würden wir empfehlen, die Höchstzahlen an der oberen Grenze der von Ihnen vorgeschlagenen Bandbreite festzulegen. Wie von Ihnen dargelegt, würde ein Kontingent in der Höhe von 3'500 Einheiten die erforderliche Flexibilität gewährleisten, zumal sowohl Bund wie auch Kantone die notwendigen Erfahrungen mit erwerbstätigen britischen Staatsangehörigen im Rahmen des zustimmungspflichtigen Bewilligungsverfahrens fehlen. Das Kontingent sollte daher im gesamtwirtschaftlichen Interesse unseres Landes grosszügig veranschlagt werden.

Wir sind Ihnen dankbar, sehr geehrte Frau Bundesrätin, wenn Sie unsere Überlegungen im Rahmen der bevorstehenden Diskussion im Gesamtbundesrat würdigen und in das Ratsgremium einbringen könnten. Natürlich stehen wir Ihnen für weitergehende Ausführungen gerne zur Verfügung.

Mit hochachtungsvollen Grüssen



Urs Hofmann  
Regierungsrat / Vizepräsident KKJPD



Christoph Brutschin  
Regierungsrat / Präsident VDK